



BürgerInnenbrief

19. Januar 2012

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Neuerungen +++ Cleanes St. Georg +++ U4 gegen Osdorf +++ Teures Wohnen +++ Arbeiten & Sparen +++ Schöne Elphi?

BürgerInnenbrief-Neuerungen



Bürgerschaftsausstiegs-Party für Joachim Bischoff, 13.1.2012 (Foto: M. Joho)

Rund vier Wochen sind seit dem letzten »BürgerInnenbrief« vergangen, Zeit, den Jahreswechsel zu genießen und wieder einige Umstellungen vorzunehmen. Wie dem »Kopf« dieser Ausgabe zu entnehmen ist, tritt Tim Golke als Mitherausgeber an die Seite von Heike Sudmann. Während letztere neben ihrem Job als Personalsratsvorsitzende der Schulbehörde in der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE die Bereiche Verkehrs-, Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik verantwortet, widmet sich ersterer als Nachrücker für Joachim Bischoff zuvorderst seinem Wahlkreis Hamburg-Mitte und den Verfassungs- und Bezirksangelegenheiten, fungiert aber auch als Arbeitsmarktpolitischer Sprecher der Fraktion sowie als Stellvertreter für Heike Sudmann im Verkehrs- und Stadtentwicklungsausschuss. Insofern gibt es mit Blick auf die Zielsetzungen der LINKEN in einer Großstadt vielfältige Berührungspunkte, die die gemeinsame Herausgabe des BürgerInnenbriefes ermöglichen. Überdies wird auch Joachim Bischoff weiterhin Beiträge liefern, wie erneut dieser Ausgabe zu entnehmen ist.

Eine weitere Veränderung betrifft den Erscheinungsrhythmus. Bis auf Weiteres werden wir den BürgerInnenbrief im Vier-Wochen-Turnus verschicken, was vor allem kostenmäßige Ursachen hat. Dies kann im Einzelfall bedeuten, dass eine Nummer etwas umfangreicher ausfällt, um die Schwerpunkte der Arbeit weiterhin angemessen zu spiegeln. Und nicht zuletzt werden wir auch weiterhin immer mal wieder Gastbeiträge von engagierten Menschen aus den Initiativen und Bezirken sowie aus der Linkspartei aufnehmen. Wir gehen zurzeit davon aus, dass die Herausgabe etwa zur Monatsmitte erfolgt, sollte »die Hütte brennen«, verkürzen wir natürlich ggfs. den Erscheinungsrhythmus.

Ansonsten wünschen wir allen LeserInnen des Bürgerbriefes ein bewegtes neues Jahr, das immer wieder auch die Chance birgt, einander auf Veranstaltungen und bei Aktionen zu treffen. Und davon gibt es absehbar schon wieder eine Menge.

Die Redaktion

Die Verantwortung des Mandats

Von Tim Golke



Viel mehr als Sekt & Brötchen: Mehmet Yildiz, Joachim Bischoff, Tim Golke (Foto: M. Joto)

Nach meiner Vorstellung im letzten BürgerInnenbrief nehme ich nunmehr erstmals in der neuen Funktion als Mitherausgeber Stellung.

Ich will nicht behaupten, dass mit dem Mandat als Abgeordneter in der Linksfraktion der Hamburgischen Bürgerschaft eine umfangreiche Fülle von Macht einhergeht. Dennoch habe ich immer noch einen großen Respekt vor der Aufgabe und der Verantwortung, die mir aus dieser Aufgabe erwächst.

Ich glaube, dass Politik nicht darin bestehen kann, sich im Stillen sein persönliches Programm zu überlegen und dieses dann nach besten Wissen und Gewissen auszuführen. Politik ist auch nicht das Hinterherhecheln hinter VertreterInnen von Status- oder Lobbyistengruppen. Demgegenüber muss Politik sich aus meiner Sicht an den Bedürfnissen und Interessen derjenigen orientieren, die parlamentarisch-politische Unterstützung benötigen, weil ihnen die eigenen finanziellen oder persönlichen Mittel fehlen.

Ich will ein sichtbarer Abgeordneter sein. Dazu gehört für mich die Selbstverständlichkeit, meine Sprechstunde im Büro persönlich und nicht, wie es bei vielen anderen Abgeordneten üblich ist, durch MitarbeiterInnen, anzubieten. Dazu gehört ebenfalls, dass ich gerne als Diskussions- oder Ansprechpartner für Initiativen, Organisationen, Vereine und jede Bürgerin und jeden Bürger zur Verfügung stehe. Ausdrück-

lich fühle ich mich auch den Menschen ohne Wahlrecht verpflichtet.

Ich will ein verlässlicher Abgeordneter sein. Das bedeutet, dass ich meine Veranstaltungen nicht nach größtmöglicher Medienpräsenz auswähle und auch denjenigen zuhöre, denen vielleicht sonst niemand zuhört. Das bedeutet auch, dass ich versuchen werde, bestimmte Anliegen in der Bürgerschaft einzubringen, jedoch ebenfalls darauf hinweisen werde, wenn etwas aussichtslos ist. Sei es, weil unsere Anträge im Regelfall abgelehnt werden oder weil die Kompetenzen eines Landesparlamentes dafür nicht ausreichen.

Ich will mich nicht aufdrängen, aber zuhören. Ich bin schlicht auf interessierte Menschen – auch die LeserInnen des BürgerInnenbriefes – angewiesen. Ein Abgeordneter kann niemals aus sich selbst heraus erfolgreich agieren. Kein Abgeordneter eines Wahlkreises ist Experte für sämtliche Themen dieses Wahlkreises. Ich brauche also Ihre/Eure Anregungen, Infos über wütend machende Vorkommnisse, Meinung und Kritik. Und ich hoffe auf viele Menschen, die mein Handeln auf die vorgestellten Punkte überprüfen.

Meine Kontaktdaten:

BürgerInnenbüro | Tim Golke MdHB
Borgfelder Straße 83 | 20537 Hamburg (U2-Burgstraße)
Telefon: 040 / 28 57 69 10,
E-Mail: tim.golke@linksfraktion-hamburg.de

Vom Cleanmachen eines Viertels



Cleaner gehts kaum: renovierter Hansaplatz 2011

Im Stadtteil St. Georg soll demnächst verboten werden, »zu Personen Kontakt aufzunehmen, um sexuelle Dienstleistungen gegen Entgelt zu vereinbaren«. So sieht es eine neue Verordnung vor, die der Senat am 24. Januar beschließen will. Die »Ordnungswidrigkeit« kann zukünftig mit einer Geldbuße bis zu 5.000 Euro geahndet werden.

St. Georg wird – wie auch St. Pauli – laut Behördenverordnung als Sperrgebiet für Prostitution betrachtet: Während es in St. Pauli Ausnahmeregelungen für bestimmte Straßen und Zeiten gibt, gilt das Verbot im Hauptbahnhofviertel zu allen Zeiten und in jedem Winkel. Kurios, wenn man sich vor Augen führt, dass es in Hamburg zwei Stadtteile gibt, die nach Heiligen benannt sind, und ebenso viele, für die Sperrgebietsverordnungen existieren, nämlich St. Georg und St. Pauli. Doch buchstäblich alle Welt weiß, dass rund um die Reeperbahn und den Hauptbahnhof Prostitution zum Alltag gehört. Übrigens schon seit Jahrzehnten, ja, seit mindestens anderthalb Jahrhunderten.

Warum also plötzlich eine neue Verordnung, die sich vordergründig gegen Freier richtet, aber letztlich doch die »anschaffenden« weiblichen und männlichen Prostituierten und

damit das »Gewerbe« vor Ort treffen soll? Im neuen Verordnungsentwurf wird St. Georg in grellen Farben gemalt: Die Polizei habe »erhebliche Schwierigkeiten bei der Bekämpfung der unerlaubten Straßenprostitution«, AnwohnerInnen würden mit »lautstarken, teilweise tödlich ausgetragenen Streitereien zwischen Prostituierten und Freiern sowie offensivem, teils aggressivem Ansprechen von männlichen Passanten durch Prostituierte« und mit permanentem »Suchverkehr« konfrontiert, unbeteiligte Mädchen und Frauen angesprochen, Kinder und Jugendliche »oftmals Zeugen von Preisverhandlungen zwischen (potenziellen) Freiern und Prostituierten und damit der Kommerzialisierung sexueller Handlungen«. Wer die Verhältnisse in St. Georg kennt, weiß, dass die Prostitution hier jahrzehntelang mehr oder weniger hingenommen wurde und erst in den von Beschaffungsprostitution geprägten 1990er Jahren zu erheblichen Belastungen führte. Doch diese haben sich nachhaltig reduziert, sei es, dass erhöhter polizeilicher Druck gegen den Drogenhandel für eine Verlagerung der Szene sorgt(e), sei es, dass Substitutionsangebote wahrgenommen werden oder Deutschlands größte Drogenhilfeeinrichtung – das »Drob Inn« – gegenüber



Fotos: flamenc/Wikipedia

»Sexarbeit, Repression und Widerstand«. Infoveranstaltung des Bündnisses »Recht auf Straße«Freitag, **20.1.2012**, Libertäres Zentrum, Karolinenstraße 21, Hinterhaus

18.00 Uhr: Veganes Essen; 19.00 Uhr: Berichte des Bündnisses über St. Georg und der Sozialwissenschaftlerin Jenny Künkel über Frankfurter Verhältnisse

»Gegen Repression und Kriminalisierung von Sexarbeit in St. Georg und überall«

Kundgebung des Bündnisses »Recht auf Straße«,

Samstag, **4.2.2012**, 14.00 Uhr, Hansaplatz

dem Kunstgewerbemuseum mit Tag- und Nachtöffnung die Szene weitgehend von der Straße holt.

Was also hat sich verändert, wo es in den Straßen und rund um den Hansaplatz doch deutlich ruhiger geworden ist? Zum einen gibt es eine Veränderung der Prostitutionsszene. An die Stelle der Beschaffungsprostituierten sind gerade in St. Georg teilweise professionelle Huren, nicht selten aus Osteuropa, getreten. Ein Teil von ihnen wird mit Frauenhandel, jedenfalls mit Zuhälterrings in Verbindung gebracht, die die Betroffenen mit falschen Versprechungen nach Deutschland locken und dann zur Prostitution anhalten bzw. zwingen. Doch bei näherer Betrachtung stellt sich die Lage differenzierter dar: Neben der Beschaffungs- und der Zuhälterprostitution gibt es in St. Georg viele Schattierungen von der Straßenüber die »Hausfrauen« bis zur Bordell- und Clubprostitution. Dabei ist nicht nur die Erweiterung der Grenzen der Europäischen Union 2004 nach Osten von Belang (die den Zuzug und das hiesige Arbeiten erleichtert), sondern auch das seit Anfang 2002 gültige Prostitutionsgesetz, das die Prostitution als Dienstleistung reguliert, um damit vor allem die rechtliche und soziale Situation von Prostituierten zu verbessern.

Zum anderen hat sich aber auch die Lage im Hauptbahnhofviertel in den vergangenen zehn Jahren drastisch verändert. Galt St. Georg in den 1990ern noch als eines der ärmsten Quartiere mit einer der drei höchsten Sozialhilfeempfängerquoten in Hamburg, sind im vergangenen Jahrzehnt Hunderte von günstigen Miet- in teilweise superteure Eigentumswohnungen umgewandelt worden. Die Neu-St. GeorgerInnen, die ihre Wohnung damals noch zu günstigen Preisen erworben haben, fordern jetzt von der Stadt ein, das urbane Leben auf bürgerliches Niveau zurechtzustutzen, bei gleichzeitig drastisch angewachsenen Grundstücks- und Wohnungswerten.

Am und um den Hansaplatz kulminiert diese Auseinandersetzung schon seit längerem. Und allzu populistische Politiker – allen voran Bezirksamtsleiter Markus Schreiber (SPD), aber auch der Bürgerschaftsabgeordnete Farid Müller (GAL) – greifen die Argumente einiger AnwohnerInnen und Gewerbetreibender auf, ohne dabei den Blick aufs Ganze zu richten und soziale Verantwortung walten zu lassen. Der sich gerne so titulierende »Hilfssheriff« Markus Schreiber macht schon seit langem kein Hehl daraus, das Hauptbahnhofviertel – die »Visitenkarte« der Stadt, wie es von dieser Seite immer mal wieder gerne genannt wird – umzumodeln. Das Wachstum der hamburgischen Bevölkerung, konkreter: der Zuzug von gut verdienenden Schichten, sorgt für eine erheblich gestiegene Nachfrage nach Wohnraum, und zwar nicht irgendwo

oder in den Randlagen, sondern vor allem im Zentrum der Stadt. Dieser von der etablierten Politik mitgetragene und ausgeübte Druck führt nicht zufällig zu dramatischen Veränderungen in St. Pauli und St. Georg. Mieten explodieren, immer mehr Eigentumswohnungen entstehen, daneben Hotels, Gastronomie und Eventorte. Vertrieben werden zugleich Menschen mit weniger, längst auch durchschnittlichem Einkommen, die Nahversorgung bricht teilweise zusammen, sozial auffällige Gruppen wie Prostituierte, AlkoholikerInnen, Obdachlose etc. sollen vertrieben werden. Ließ Schreiber auf dem Spielbudenplatz und unter der Kersten-Miles-Brücke mal eben Wasser über die dortigen Obdachlosen kommen, versuchte er, die überdachten Hauptbahnhofflächen privaten Sicherheitsdiensten zu überlassen.

Auch wenn diese Maßnahmen am harschen Protest der kritischen Öffentlichkeit vorerst gescheitert sind, geht die unsoziale Politik weiter. Vor allem soll es dieser Tage das »Sperrgebiet« treffen, die älteste soziale Einrichtung dieser Art überhaupt, die sich niedrigschwellig den sich prostituierenden Mädchen und Frauen des St. Georger Kiezes widmet. Die in dieser Einrichtung tätige Ärztin musste im Dezember 2010 gehen, zu Ende 2011 strich die Sozialbehörde die Zuwendung für die Übernachtungsplätze, die Zukunft der Einrichtung ist ungewiss.

Für DIE LINKE muss es darum gehen, einerseits die Bedürfnisse der Wohnbevölkerung und der kleinen Gewerbetreibenden zu beherzigen, zugleich aber gebietet eine menschlich-soziale Politik, auch die Interessen der benachteiligten, oftmals ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen in die eigenen Überlegungen und Forderungen miteinzubeziehen. Insofern gilt gerade für die »Szenevierviertel«, Wege des Ausgleichs und der Interessenabstimmung zu finden. Nicht immer ein einfacher Weg, aber die Entspannung in Sachen Drogenkiez hat gezeigt, dass Lösungen selbst auf so kleinem Raum wie St. Georg mit seinen gerade mal 1,8 Quadratkilometern möglich sind. Ein Runder Tisch mit allen beteiligten Interessengruppen, wie er vom Einwohnerverein St. Georg bisher vergeblich eingefordert wurde, die gemeinsame Suche nach integrativen Lösungen statt zunehmend repressiver Politik bietet die einzige Chance einer sozialen Politik, die allen Seiten gerecht wird. Ein Kontaktverbot für Freier richtet sich letztlich wieder gegen die Prostituierten und ist kein Beitrag zur Lösung bestehender Probleme. Dies gilt es auf der nächsten Bürgerschaftssitzung am 25. Januar zu thematisieren, wenn schon der Senat keine Notwendigkeit sieht, seine geplante Verordnung zur Debatte bzw. Abstimmung zu stellen.

HafenCity kontra Osdorf und Steilshoop



Infopavillon am Jungfernstieg (Foto: Hochbahn)

Ohne größeren Protest sind zum 1. Januar 2012 die neuen Fahrpreiserhöhungen realisiert worden. Initiativen der LINKEN in der Hamburgischen Bürgerschaft, die Tarifierhöhung beim Hamburger Verkehrsverbund auszusetzen, verhallten weitgehend. Alle anderen Parteien stimmten faktisch der erneut über der Preissteigerungsrate liegenden Preisgestaltung zu.

Führt man sich vor Augen, wofür im Öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) andererseits viel Geld bereitgestellt wird, so springt einem ein neues Projekt ins Auge, das der Senat Ende Dezember bekannt gab. Danach ist geplant, die gegenwärtig im Bau befindliche U4 zwischen dem Jungfernstieg und der HafenCity in den kommenden Jahren in die noch zu errichtende östliche HafenCity zu verlängern und bis auf etwa 150 Meter an die Elbbrücken heranzuführen. Damit würde die bisher vorgesehene Strecke von 2,8 Kilometern (gerechnet wird mit einer täglichen Frequentierung von 35.000 Fahrgästen) um ca. 1,3 Kilometer verlängert werden (für diesen Abschnitt wird von täglich 16.000 Fahrgästen ausgegangen). Soll der bereits im Bau befindliche Teil letztlich ca. 340 Millionen Euro kosten, wurde für den nun in Aussicht gestellten von Senator Horch eine Summe von weiteren 180 Millionen Euro genannt. Zugleich betonte er, dass ein direkter Anschluss (also ein gemeinsamer Bahnhof) und damit ein problemloser Übergang von der U4 in die S-Bahn aufgrund der hamburgischen Finanzsituation bis auf Weiteres nicht finanzierbar sei.

Ein weiteres Mal macht der Senat mit diesem Vorhaben

deutlich, dass er – trotz angeblicher Finanznot – alles dafür tut und auch kurzfristig Entscheidungen zu fällen in der Lage ist, die »schicke« HafenCity zu bedienen, dass aber die seit Jahrzehnten geforderte und immer mal wieder versprochene U-Bahn-Anschließung der Quartiere Osdorfer Born und Steilshoop auch weiterhin tabu bleibt. Die Mobilität in der mit Bussen bestens zu erschließenden HafenCity wiegt damit erneut schwerer als die Bedürfnisse der Menschen in den genannten vernachlässigten, auch weiterhin als randständig klassifizierten Stadtteilen. Das ist keine sozialdemokratische Politik, die auch im ÖPNV danach trachten sollte, das Gefälle zwischen privilegierten und benachteiligten Vierteln auszugleichen. Darüber hinaus wirkt eine pure Verlängerung der U4 um 1,3 Kilometer, ohne wenigstens – in Form eines gemeinsamen Bahnhofs – die direkte Verbindung zum S-Bahn-Verkehr und damit zu den Elbinseln zu schaffen, einfach nur angestoppelt.

Nicht zuletzt bleibt das Projekt auch deswegen mehr als fragwürdig, weil laut Senator Horch auf der Pressekonferenz am 27. Dezember 2011 weder abschließende Kosten- noch Wirtschaftlichkeitsberechnungen vorliegen. Angesichts der Erfahrungen mit Vorhaben dieser Dimension bleiben die benannten Rahmendaten (180 Millionen Euro, 16.000 Fahrgäste) reines Wunschdenken. Die HamburgerInnen werden sich ggfs. auf eine noch höhere Kostenbelastung einstellen müssen, der eine vergleichsweise geringe Frequentierung gegenübersteht.

Zu teuer, zu groß und viel zu viele Eigenheime!

Von Heike Sudmann



»Goldene Mietpreisspirale« für die Chefs der SAGA GWG, 10.1.2012 (Foto: M. Joho)

»Moderate Mieterhöhungen« kündigte die SAGA GWG Anfang Januar an – und konterkarierte damit eine wenige Wochen zuvor gemachte Aussage, die Mieten nach Verkündung des neuen »Mietenspiegels 2011« im November »nicht auf Knopfdruck« anzuheben. Doch das war nur Sand in den Augen. Tatsächlich sollen rund 30.000 Haushalte – und damit jede dritte Wohnung dieses öffentlichen Unternehmens – ein Mieterhöhungsverlangen erhalten, davon 18.600 bereits zum April 2012. Auf die Sätze des Mietenspiegels von 2009 werden im Durchschnitt 3,9% draufgeschlagen, das sind nominal 12 Euro, maximal aber 10% bzw. 30 Euro pro Monat.

»Moderat« sind die Erhöhungen im frei finanzierten Wohnungsbestand insofern, als Großsiedlungen zunächst von Mieterhöhungen ausgespart werden und die Steigerungsrate nicht die 5,5% ausmacht, die im Mietenspiegel 2011 gegenüber dem Mietenspiegel 2009 verzeichnet wurden. Doch dies ist nur die halbe Wahrheit, denn die SAGA GWG ist bereits in den vergangenen Jahren dazu übergegangen, alljährlich die Mieten in großen Teilen des Bestandes zu erhöhen. Die maximal zehnprozentige Steigerungsrate im Jahr 2011 ist wohl nicht ganz zufällig gewählt worden, sieht die gesetzlich geregelte »Kappungsgrenze« doch vor, die Mieten um maximal 20% innerhalb von drei Jahren erhöhen zu können – da bleibt also noch Luft für die nächste Erhöhung in durchaus absehbarer Zukunft. Und eine Erklärung, die Mieten aus wohnungspolitischen Gründen in den kommenden zwei Jahren

nicht ein weiteres Mal zu erhöhen, hat Unternehmens-Chef Lutz Basse wohlweislich nicht abgegeben.

Neben der LINKEN hat auch das Netzwerk Recht auf Stadt von der SAGA GWG gefordert, auf Mietsteigerungen bis auf Weiteres zu verzichten, um der Mietenexplosion und den alle zwei Jahre deutlich erhöhten Sätzen im Mietenspiegel entgegenzuwirken. Doch Basse meint dazu lediglich: »Wir sind nicht dazu da, Wohngeld oder andere Hilfen zu subventionieren.« (»Morgenpost«, 11.1.2012) Tatsächlich hat die SAGA in den vergangenen Jahren alljährlich rund 100 Millionen Euro Überschuss eingefahren (woher wohl?), um damit die ebenfalls im öffentlichen Eigentum befindliche GWG nach und nach zu »kaufen«. Eine halbe Milliarde hat der Wohnungskonzern damit an die Stadt abgeführt – auf Kosten der MieterInnen, die faktisch höchst fragwürdige Projekte wie die ähnlich teuer kommende Elbphilharmonie finanziert haben. Es wäre also reichlich Spielraum vorhanden gewesen, in diesem Jahr auf eine neuerliche Mieterhöhung zu verzichten. Was ein dringend benötigtes Zeichen gegen den Mietenwahnsinn in der Stadt gesetzt hätte – und ein Beitrag gewesen wäre, in den Mietenspiegel 2013 nicht wieder womöglich zweimal erhöhte SAGA GWG-Mieten einberechnen zu müssen.

Eben dieser Zusammenhang veranlasste AkteurInnen des Bündnisses gegen Mietenwahnsinn, der SAGA GWG am 10. Januar die »goldene Mietpreisspirale« zu verleihen, in Anerkennung der glorreichen Verdienste, die sich der Vorstand



L. Basse, W. Hoppenstedt, J. Blankau am 10.1.2012 im Rathaus

bei der Mietenexplosion in Hamburg erworben hat... Hintergrund für die »Preisverleihung« war eine Sitzung des Ausschusses Öffentliche Unternehmen der Bürgerschaft, der die städtischen Unternehmungen »kontrollieren« soll. Lutz Basse und sein Vorstandskollege Willy Hoppenstedt zeichneten denn auch ein grandioses Bild von der Lage des Konzerns, der für immerhin 129.000 Wohnungen und damit etwa 300.000 MieterInnen zuständig sei. 150,4 Millionen Euro vor Steuer seien 2011 erwirtschaftet worden, der Cashflow betrage üppige 230 Millionen. Ein in jeder Hinsicht »gesundes Unternehmen« also, dessen »soziale Verantwortung uns sehr am Herzen liegt« (Basse).

Doch mit dem Neubau von Wohnungen ist es bisher nicht so weit her. Öffentlichkeitswirksam angekündigt wurden bereits im Frühjahr 2011 alljährlich 1.000 neue Wohneinheiten der SAGA GWG, für 2012 rechnet Basse aber erst einmal nur mit 750. Und dies, obwohl selbst dieser Experte mit einem Fehl von mindestens 30.000 Wohnungen in Hamburg rechnet und - welch Wunder angesichts der Wohnungsnot - der Vermietungsgrad bei der SAGA GWG bei 99,6% liege (»Vollvermietung«).

Auf einer Landespressekonferenz am 17. Januar verkündete Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blankau die »herausragende Bilanz des Wohnraumförderprogramms des Senats 2011«. Insgesamt »2.147 Mietwohnungsneubauten mit Mietpreis- und Belegungsbindungen« (die ehemals so titulierten Sozialwohnungen) seien von der Wohnungsbaukreditanstalt gefördert worden, davon 2.122 im ersten Förderweg (Anfangsmiete 5,80 Euro/qm) und 25 im Ende des letzten Jahres neu geschaffenen zweiten Förderweg (Anfangsmiete 8,00 Euro/qm). Das klingt vergleichsweise gut, nicht zufällig aber verschwieg die Senatorin, dass die Neubaulzahlen keineswegs den Abbau des Sozialwohnungsbestandes wettmachen: Er ist seit dem Jahre 2000 (damals gab es noch 154.998 öffentlich geförderte, mithin günstigere Wohnungen) um mehr als ein Drittel auf etwa 95.450 Ende 2011 abgesunken. Auch die gleichzeitige triumphale Bekanntgabe von Baugenehmigungen für 6.811 Wohneinheiten im Jahr 2011 täuscht über die realen Probleme hinweg.

Denn einerseits ist eine Baugenehmigung keineswegs ein tatsächlich errichteter Neubau, und zum anderen zeigt ein erster, noch cursorischer Blick auf die Bauvorhaben, dass nach wie vor zu teure und zu große Wohnungen und viel zu viele Eigentumswohnungen und Einfamilienhäuser entstehen, von der mangelnden Errichtung altengerechter und barrierefreier Wohnungen in auch nur annähernd ausreichender Zahl einmal ganz zu schweigen. Übernotwendig wäre vielmehr eine Verdopplung des Programms für den Neubau von öffentlich geförderten Wohnungen. Doch dies ist unter dem SPD-Senat nicht zu erwarten. Absehbar ist vielmehr eine weiter anwachsende Wohnungsnot sowie eine ungeschmälerste Mietensteigerung in den kommenden Jahren! Deutliche Indizien für diese Entwicklung zeichnen sich ab, z.B. darin, dass die Wohnfläche pro Kopf der Hamburger Bevölkerung von 2002 auf 2010 laut Statistikamt Nord von 39,9 auf 37 Quadratmeter zurückgegangen ist, obwohl die durchschnittliche Größe der 3.520 neu errichteten Wohneinheiten im Jahre 2011 satte 106,4 Quadratmeter betrug. Wer viel Kohle hat, leistet sich also ein üppige Wohnung, Menschen mit geringem Einkommen aber sind dazu gezwungen, wieder vermehrt zusammenzurücken.

Dass immer noch reichlich Raum brach liegt, das zeigt sich am Leerstand bei Büro- und Gewerbeflächen. Nach neuester Erhebung der Immobilienfirma Grossmann & Berger habe sich der gesamtstädtische Leerstand in diesem Segment zwar von 1,27 im Jahre 2010 auf 1,05 Millionen Quadratmeter 2011 verringert (also auf eine Leerstandsquote von 8 %), von der halben Million Quadratmeter stadteigener Büro- und Gewerbeflächen aber stünden 18,8% leer (»Die Welt«, 5.1.2012).

Für DIE LINKE ist klar: Zahlenspiele der Senatorin können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Wohnungspolitik des Senats völlig unzureichend ist. Sollte nicht erheblich mehr öffentlich geförderter Wohnungsbau zustande kommen, wird es auf dem Wohnungsmarkt in absehbarer Zukunft noch dramatischere Entwicklungen geben.

19 Mio. € – nicht ausgeschöpft für Arbeitslose



Agentur für Arbeit in Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee. (Foto: wikipedia)

Sönke Fock, seit Mai 2011 Chef der Hamburger Arbeitsagentur, macht erneut auf Optimismus. Es zeichne sich ab, dass bei guter Nachfrage nach Arbeitskräften auch in der Hansestadt Geringqualifizierte, Ältere, Behinderte und Arbeitslose mit Migrationshintergrund eine bessere Chance auf eine feste Beschäftigung hätten. Aber die Arbeitsmarktpolitik in der Metropole Hamburg ist massiv umstritten: Das größte Jobcenter der Bundesrepublik Deutschland, das Jobcenter Hamburg (alias »team.arbeit.hamburg«), weigert sich, das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm für das Jahr 2011 zu veröffentlichen. Auf Anfrage vom 23. Dezember 2011 teilte das Jobcenter Hamburg dem Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ) am 6. Januar 2012 mit: »Leider können wir Ihrem Anliegen nicht nachkommen, da es sich bei den Arbeitsmarktprogrammen um interne Arbeitsunterlagen von Jobcenter team.arbeit.hamburg aus dem operativen Bereich handelt.« Ein bemerkenswertes Verständnis von »Informationsfreiheit«.

Das Jobcenter Hamburg hat im Haushaltsjahr 2011 nach eigenen, vorläufigen Angaben über 19 Mio. Euro (von insgesamt 135) der ihm vom Bund zugewiesenen Mittel für »Leistungen zur Eingliederung nach dem SGB II« (= Hartz IV) nicht ausgegeben. Aus diesem Eingliederungs-Topf werden auch die Arbeitsgelegenheiten – oder Ein-Euro-Jobs – finanziert. Zugleich sei im Vorjahr die Zahl der Arbeitsgelegenheiten planmäßig um rund 3.000 auf knapp 6.000 Stellen gesenkt worden. Unter dem Budget sei man auch geblieben, weil die Mittel »effizient« verwendet wurden.

Im Zusammenhang mit dem Leistungsverzicht lässt Sönke Fock eine fragwürdige Erfolgsbilanz über die Entwicklung der beim Jobcenter Hamburg registrierten Arbeitslosen verbreiten. Schauen wir uns die Daten an: Im Dezember 2011 (Mo-

natsmitte) wurden insgesamt 50.166 Arbeitslose registriert (»Arbeitslose im Rechtskreis SGB II«). Genau ein Jahr zuvor, im Dezember 2010, wurden gemäß Statistik der Bundesagentur für Arbeit beim Jobcenter Hamburg allerdings nicht 3.000 Arbeitslose mehr, sondern 1.806 Arbeitslose weniger registriert, nämlich insgesamt 48.360. Das Land Hamburg war im Ländervergleich neben Sachsen-Anhalt das einzige Bundesland, in dem im Dezember 2011 mehr Arbeitslose bei den Jobcentern registriert wurden als im Dezember 2010. (Hamburg: +3,7%; Bund: -4,6%)

Zweifellos profitiert auch der Hamburger Arbeitsmarkt von der nun auslaufenden guten Konjunktur in Deutschland. Dies zeigt sich nicht zuletzt bei den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten. Ihre Zahl stieg bis Oktober um 2,4% auf 855.500. Allerdings fand dieser Beschäftigungsaufbau in Hamburg wie bundesweit vorwiegend im Bereich prekärer Beschäftigungsverhältnisse (Leih- und Zeitarbeit, Teilzeit, geringfügige Beschäftigung) statt – mit den entsprechenden negativen Konsequenzen für das Einkommen und die soziale Sicherheit. Vergleicht man die Entwicklung mit dem Bundestrend, treten spezifische Negativentwicklungen in der Elbmétropole zutage:

- Die Arbeitslosigkeit ist in Hamburg im Dezember im Vorjahresvergleich um 1,3% zurückgegangen. Im Bundesdurchschnitt betrug der Rückgang markante 7,7%. Auch beim Jahresdurchschnitt dasselbe Bild: In Hamburg Rückgang um 3.017 bzw. 4% auf im Durchschnitt 72.491 offiziell registrierte arbeitslose BürgerInnen, im Bundesdurchschnitt dagegen ein Abbau um 8%.
- Während die Zahl der Hamburger Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB III (Arbeitslosengeld I) im Dezember im Vergleich zum Vorjahresmonat um 13,5% zurückgegangen ist,

hat sie im Rechtskreis SGB II (Hartz IV) um 5,4% zugenommen. Im Bundesdurchschnitt ist die Arbeitslosigkeit im Bereich des SGB III um 14,2% und im Bereich des SGB II immerhin um 4,6% zurückgegangen.

- Besonders auffällig ist die Abweichung bei den älteren arbeitssuchenden BürgerInnen. Während in Hamburg die Zahl der Arbeitslosen zwischen 50 und unter 65 Jahren um 8,1% gestiegen ist, ging sie im Bundesdurchschnitt um 3,7% zurück. Noch ausgeprägter der Unterschied bei den 55- bis unter 65-Jährigen: Hamburg: + 9,9%; Bund: - 2,3%.
- Im Dezember 2011 waren 102.576 Hamburger BürgerInnen »unterbeschäftigt«. Die Unterbeschäftigung gibt ein sehr viel reelleres Bild der tatsächlichen Arbeitslosigkeit als die offizielle Arbeitslosenzahl wider, weil sie auch diejenigen Menschen erfasst, die an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme teilnehmen, sowie die über 58-Jährigen, die arbeitslos sind, aber aufgrund einer Regierungsanordnung nicht als Arbeitslose gezählt werden. Diese Unterbeschäftigung ist in Hamburg im Vergleich zum Dezember 2010 zwar um 8,9% zurückgegangen. Im Bundesdurchschnitt betrug der Rückgang allerdings 11,2%. Auch hier hinkt Hamburg also hinterher.

Dieser im Vergleich zur registrierten Arbeitslosigkeit deutlichere Rückgang bei der Unterbeschäftigung ist mindestens zur Hälfte auf den durch den drastischen Sparkurs der schwarz-gelben Bundesregierung ausgelösten Abbau von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen zurückzuführen. Hierbei liegt Hamburg, anders als beim Abbau der Arbeitslosigkeit, deutlich vorne. So nahmen im Dezember 2011 genau 18.632 Hamburger BürgerInnen an einer Maßnahme aktiver Arbeits-

marktpolitik teil. Das waren 6.762 oder 26,6% weniger als noch im Dezember 2010. Im Bundesdurchschnitt betrug dieser Rückgang »nur« 21,7%. Besonders massiv geholt wurde in Hamburg bei den Ein-Euro-Jobs. Befanden sich im Dezember 2010 noch 9.972 Langzeitarbeitslose in einem Ein-Euro-Job, waren es im Dezember 2011 nur mehr 4.347. Das macht ein Minus von 56,4%. Im Bundesdurchschnitt wurden dagegen »nur« 41,0% Ein-Euro-Jobs abgebaut.

Unterm Strich haben sich also in Hamburg die Chancen für Geringqualifizierte, Ältere, Behinderte oder Arbeitslose mit Migrationshintergrund, einen Job zu finden, deutlich verschlechtert. Der drastische Abbau von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen hat diese Tendenzen nachhaltig verstärkt. Vor diesem Hintergrund ist es mehr als zynisch, wenn der Chef der Arbeitsmarktagentur die Nichtausschöpfung von Arbeitsmarktmitteln in Höhe von 19 Mio. Euro verteidigt. Ein-Euro-Jobs sind sicherlich kein akzeptabler Weg zur Verbesserung der Chancen für BürgerInnen auf einen Arbeitsplatz. Richtig ist auch, dass ein Großteil der auf diese Art »Geförderten« sich mit ihrer Tätigkeit eher unterfordert fühlt. Nutznießer sind die Behörden, die mit diesen Maßnahmen einen Teil der öffentlichen Aufgaben »preiswert« bewältigen.

Aber es gibt Alternativen zu diesem untauglichen Instrument – und seiner ersatzlosen Streichung. Bei einer abnehmenden Arbeitslosenzahl und ansteigendem Fachkräftebedarf könnten die arbeitsmarktpolitischen Mittel zur Entwicklung von Beschäftigungspotenzialen eingesetzt werden: Es geht um Verbesserung von Qualifikation und Fortbildung, insbesondere bei älteren Arbeitssuchenden, Arbeitslosen mit Behinderung und Arbeitslosen mit Migrationshintergrund.

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Eine **räumliche Visualisierung der Widerstandskultur in Hamburg** haben sich die AktivistInnen von PoKoBi (»Politisch Korrektes Bier«) vorgenommen. Unter <http://brennpunkte.pokobi.de/index.php> finden sich die Eintragungen der ersten Initiativen, weitere sind aufgefördert, ebenfalls ihre Duftmarken zu hinterlassen.

Aufmerksam gemacht sei an dieser Stelle auf **drei interessante Materialien**, die im Netz heruntergeladen werden können. Der Hamburger Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Jan van Aken, hat in der Studie **Made in Hamburg – tödlich weltweit. Rüstungsindustrie in Hamburg** reichlich Daten und Firmen zusammengetragen, die eine stadt(teil)bezogene Kritik des Militarismus ermöglichen (www.jan-van-aken.de/files/map.html). Um einen in der Verkehrspolitik oft vernachlässigten Komplex geht es in dem Papier **Fußverkehrsstrategie für Berlin**. Es ist noch unter dem SPD-LINKEN-Senat im Juli 2010 beschlossen worden, enthält aber Überlegungen, die auch für Hamburg von Bedeutung sein können (www.stadtentwicklung.berlin.de/verkehr/politik_planung/fussgaenger/strategie/index.shtml). Und schließlich hat der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband im Dezember 2011 seinen **Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2011** vorgelegt. Sein Titel: Von Verhärtungen und neuen Trends deutet an, was sich »abspielt«: eine zunehmende Verfestigung der Armut auch in Hamburg (www.der-paritaetische.de/armutsbericht2011).

Am 19.1.2012 (11 Uhr) wird im Rathausfoyer eine Ausstellung zur **Hamburger Polizei im Nationalsozialismus** eröffnet. Sie läuft **bis zum 10.2.** und wird begleitet von rund einem Dutzend Veranstaltungen. So führt der Kurator Herbert Diercks am 25.1. (18 Uhr), 2. und 9.2. (jeweils 16.30 Uhr) durch die Fotodokumentation.

Zweistündige Führungen können auch von Schulklassen und Gruppen beim Museumsdienst unter Tel. 42 81 310 gebucht werden. Das Gesamtprogramm findet sich unter www.hamburgische-buergerschaft.de.

Zu einer **öffentlichen Anhörung zu möglichen Verbesserungen des Mietrechts** kommt der Stadtentwicklungsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft am Donnerstag, den **19.1.2012** um 17 Uhr im Rathaus (Kaisersaal) zusammen. Bei der öffentlichen Anhörung nehmen ExpertInnen zu einem umfassenden Fragenkatalog der Parteien Stellung. Die Anhörung geht zurück auf den letztjährigen Antrag der LINKEN »Schutzschirm für die Mieter/innen, Mietenspirale stoppen«.

Um **Städtebauliche Leitbilder Hamburg – Vom Industriezeitalter im 19. Jahrhundert bis zur heutigen »Stadt als Natur«** geht es auf einer Veranstaltung der Eimsbütteler Linksfraktion am Donnerstag, den **19.1.2012**, um 19 Uhr im MUT-Theater (Amandastraße 58). Die »Stadt als geschichtlichen Ort« präsentiert Ivo Krings, der stellvertretende Vorsitzende der Fritz-Schumacher-Gesellschaft.

Erstmalig führt DIE LINKE in Hamburg eine zweitägige **Parteientwicklungskonferenz** durch: am **20./21.1.2012** in der Stadtteilschule am Hafen (Neustädter Straße 60). Am Freitag läuft die Konferenz von 17.30 bis 21 Uhr und sieht ein Einleitungsreferat von Prof. Michael Vester (»Auflösung oder Wandel der Klassengesellschaft?«) vor. Am Samstag wird die Veranstaltung von 11 bis 19 Uhr fortgesetzt, u.a. mit Beiträgen und Workshops zu Community Organizing, zur BürgerInnenbeteiligung, zur Rolle der LINKEN in Betrieb und Gewerkschaft sowie zum Verhältnis von Partei und Bewegung. Anmeldungen: Parteientwicklung@Die-Linke-Hamburg.de.

Am Sonntag, den **22.1.2012**, 11.00 bis 14.00 Uhr lädt die Bezirksfraktion der LINKEN Hamburg-Mitte zum **Neujahrsempfang** auf die »BaustelleN« in Finkenwerder (Sandhöhe 11, ca. 10 min von der Dampferbrücke, Linie 62, entfernt). Der Hausherr Jerry Knispel wird den Treffpunkt vorstellen, Ansprachen gibt's vom Fraktionsvorsitzenden Bernhard Stietz-Leipnitz und von Tim Golke. Und alles wird mit einem Gläschen Sekt begossen.

Die Ermittlungen gegen den rechten Terror-Untergrund sind noch nicht annähernd abgeschlossen, da kündigen die Neonazis schon wieder größere Veranstaltungen an: für den **2.6.2012** in Hamburg einen Aufmarsch unter dem ekligen Titel »Tag der Zukunft – unser Signal gegen Überfremdung«. Vorbereitungen zur Organisation der Gegenwehr laufen an. Doch zunächst rufen die Stadtteilkonferenz Bramfeld und das dortige Bündnis gegen Rechts zu einer **Demo gegen Rassismus und rechte Gewalt** am Freitag, den **27.1.2012** – dem Internationalen Holocaust-Gedenktag – auf. Gestartet wird um 14 Uhr bei der Osterkirche an der Bramfelder Chaussee.

Auf einer **Fachveranstaltung Wohnungsmarkt und Wohnungspolitik** wird es am Dienstag, den **31.1.2012**, um 19 Uhr in der Patriotischen Gesellschaft (Trostbrücke 4) vermutlich hoch hergehen. Auf Einladung von Staatsrat und »Wohnungsbaukoordinator« Michael Sachs (SPD) diskutieren an diesem Abend Lutz Basse (Chef der SAGA GWG), Marko Lohmann (Gemeinnützige Baugenossenschaft Bergedorf-Bille), Dr. Jan Behrendt (Behrendt Wohnungsbau), Marc Meyer (Mieter helfen Mietern) sowie Heike Sudmann.

Um **Inklusion auf der Grundlage des Leitbildes Zukunftsplan Altona** – durchgeführt von der Evangelischen Stiftung Alsterdorf – geht es auf einer Veranstaltung am Donnerstag, den **2.2.2012**. Von 16 bis 18 Uhr gibt es einen Vortrag von Ines Boban (Autorin des »Index für Inklusion«) samt Diskussion im Infozentrum in der Hartertstraße 121, um 18 Uhr folgt ein einstündiger Austausch bei Snacks und Getränken in der Theodor-Haubach-Schule in der Haubachstraße 55. Und danach veranstaltet die Stadtentwicklungsbehörde von 19 bis 21.30 Uhr auch noch ein so genanntes Bürgerforum zur **Neuen Mitte Altona**.

Am Mittwoch, **15.2.2012**, hat der Verkehrsausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft im Rathaus eine öffentliche **ExpertInnenanhörung** zum Thema Möglichkeiten und Probleme der **Busbeschleunigung** angesetzt.

Nochmals hingewiesen sei auf die **3. Konferenz zur sozialen Spaltung in Hamburg**, die am Mittwoch, den **16.2.2012**, von 9 bis 17 Uhr in der Hochschule für Angewandte Wissenschaften (Berliner Tor 21) stattfindet. Dieses Mal hat die Arbeitsgemeinschaft Soziales Hamburg die **Entwicklungen und Folgen für das Arbeiten in Hamburg** in den Mittelpunkt gerückt. Der TeilnehmerInnenbeitrag beträgt 15 Euro (ermäßigt 5 Euro), Anmeldungen bis zum 7.2. an: info@akademie-nek.de. Mehr unter www.hamburg-stadtfueralle.de.

Mit Parkgebühren Überschuldung bekämpfen?

Von Joachim Bischoff



Foto: Hamburg airport

»Haushaltskonsolidierungen ohne Konsequenzen kann es nicht geben.« Diese These vertritt Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz (SPD). Und weiter: »Ich bin ein großer Anhänger der Schuldenbremse. Das bedeutet für die Länder und damit auch für das Land Hamburg, dass wir ab 2020 keine neuen Schulden mehr machen dürfen... Es geht darum, dass man vernünftig mit dem vielen Geld umgeht, das uns die Bürgerinnen und Bürger über ihre Steuern zur Verfügung stellen.« Hamburg hat rund 28 Milliarden Euro Schulden, ein strukturelles Defizit von ca. einer Milliarde Euro und einen Sanierungsstau von rund 4,7 Milliarden Euro. Dem gegenüber stehen laut der jüngsten November-Steuerschätzung zu erwartende Einnahmen für 2011 in Höhe von rund 8,5 Milliarden Euro. Im Jahr 2012 rechnet Hamburg mit Einnahmen von rund 8,8 Milliarden Euro.

Wie will die SPD mit diesem Problem fertig werden? Die positive Botschaft: Es soll keine martialischen Sparprogramme wie in früheren Jahren geben. Für die nächsten Jahre sollen stattdessen die Ausgaben für öffentliche Leistungen um maximal ein Prozent pro Jahr gesteigert werden. Für den Bürgermeister bedeutet die Ein-Prozent-Obergrenze »ganz praktisch: Wenn wir neue Aufgaben zu lösen haben oder an einer bestimmten Stelle Kostensteigerungen zu befürchten sind, dann hat dies Folgen für andere Ausgaben der Stadt.« Scholz betont, es könne nicht wie in früheren Jahren ständig zu viel Geld ausgegeben und dann hektisch ein Sparprogramm entwickelt werden – »zumal sich herausgestellt hat, dass die meisten dieser Sparprogramme sich später gar nicht haben um-

setzen lassen.« Es müsse ständig Wichtiges von Unwichtigem neu unterschieden werden, um Geld etwa für den Erhalt der Infrastruktur freizuschöpfeln. »Zehn Jahre Haushaltskonsolidierung werden sich sicherlich überall niederschlagen«, prognostizierte er.

Zunächst wird sich dies im Alltag beim Parken niederschlagen. Um die Einnahmen aus der »Parkraumbewirtschaftung« zu erhöhen, sollen in einem ersten Schritt Pkw-BesitzerInnen deutlich mehr Strafzettel (»Knöllchen«) aufgebrummt werden. Geplant ist eine »systematische Bestreifung« des Parkraums und der Halteverbotszonen. Dadurch soll »die Zahlungsmoral der Autofahrer gesteigert werden. Seit Jahren sind Bezahlparkplätze nicht konsequent kontrolliert worden, wodurch die Stadt auf Einnahmen von rund 35 Millionen Euro pro Jahr verzichtet. Da nur etwa jeder fünfte Autofahrer ordnungsgemäß seine Gebühren an Parkuhren oder Parkautomaten entrichtet, nimmt die Hansestadt lediglich rund acht Millionen Euro Parkgebühren ein – knapp 43 Millionen Euro sind möglich.« Staatsrat Christoph Krupp (SPD) verkündet: »Wir wollen das Schwarzparken eindämmen. Der Ehrliche soll nicht der Dumme sein.«

Offen ist freilich, wie die systematische Bestreifung mit dem gegenwärtigen Personal realisiert werden kann. Die Sache wird noch dadurch komplizierter, dass jährlich 250 Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich verschwinden sollen. Und wenn die Maximalgrenze der Ausgabensteigerung von einem Prozent überschritten wird, sollen weitere Arbeitsplätze wegfallen. Dem Landesrechnungshof ist dies eh zu wenig, er for-

dert die Streichung von ca. weiteren 700 Arbeitsplätzen pro Jahr.

Um die Einnahmen zu erhöhen, soll zunächst der Bezirkliche Ordnungsdienst (BOD) verstärkt ParksünderInnen ins Visier nehmen. Im Jahr 2010 hatten die 85 MitarbeiterInnen insgesamt 1,14 Millionen Euro über Knöllchen eingetrieben. Es ist geplant, aus den erhofften Mehreinnahmen eine deutliche personelle Aufstockung des BOD mitzufinanzieren, was wiederum zur noch stärkeren Überwachung des Hamburger Parkraums genutzt werden soll – und so weiter. Schließlich geht der Senat davon aus, dass mit steigender Zahlungsmoral der AutofahrerInnen die Einnahmen aus Knöllchen wieder zurückgehen, während die aus den Parkgebühren steigen.

Der Joker der SPD-Regierung: Die Verwaltung soll effizienter werden, so könne man mit weniger Personal die Aufgaben lösen und zum Teil mehr Gebühren eintreiben. Doch noch weitere Änderungen sind vorgesehen: Bislang werden Investitionen in Parks und Grünanlagen von der Umweltbehörde gesteuert. Auch die Flächen »gehören« der Behörde. Künftig werden sie in das Vermögen der Bezirke übertragen. Diese erhalten auch das Geld für Investitionen und die technische Aufsicht darüber. Bau und Betrieb von öffentlichen Toiletten samt der Haushaltsmittel werden ebenfalls den Bezirken übertragen. Ein Wirrwarr wie beim Pissoir an der Kersten-Miles-Brücke auf St. Pauli soll es nicht mehr geben. Für öffentliche Sportanlagen sind schon jetzt die Bezirke zuständig, für die Investitionen aber die Innenbehörde. Künftig machen die Bezirke alles. Ausnahmen bilden Sportanlagen der Schulen und der Universität. Die Zuständigkeit für solche Ingenieurbauwerke teilen sich bislang Bezirke und Wirtschaftsbehörde. Künftig übernimmt die Behörde das ganz. Die Polizei kann bestimmte Verkehrsschilder (zum Beispiel für Radwege, Absperrungen oder Umleitungen) in Zukunft ohne Rücksprache mit der Verkehrsbehörde aufstellen und entfernen. Der Zustimmungsvorbehalt entfällt.

Die Gewerkschaft ver.di, zuständig für die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen im öffentlichen Dienst, stimmt dem Umbau zu: »Grundsätzlich begrüßen wir den Ansatz, Abläufe zu vereinfachen und Doppelarbeit abzubauen. Das entspricht den Interessen der Bürger, und es nutzt auch den Beschäftigten, die bereits hoch belastet sind.« Bei der wünschenswerten Stärkung der Bezirke sei allerdings zu beachten, dass diese außer der Verantwortung auch die entsprechenden Ressourcen (Geld und Personal) erhalten. Inakzeptabel sei freilich, wenn es bei der Veränderung nur ums Sparen geht. »Anstatt Einsparquoten vorzugeben, die die Motivation der Beschäftigten untergraben«, müsste über eine Verbesserung der Steuerpraxis und die Umsetzung der öffentlichen Aufgaben gesprochen werden.

Auch Hamburger GrundbesitzerInnen sollen zur Kasse gebeten werden – zumindest diejenigen, deren Grundstück an einer der 1.300 Straßen liegt, die offiziell als nicht »endgültig hergestellt« gelten. Das können Schotterpisten sein, aber auch ganz normale Straßen, in denen nur ein Bordstein oder eine Laterne fehlt. Der Senat will pro Jahr etwa 50 dieser Straßen fertigstellen und den AnliegerInnen die Erschließung in Rech-

nung stellen. In der Regel sind das mehrere Tausend Euro pro Grundstück. Der Senat geht davon aus, dass er pro Jahr zehn Millionen Euro investieren muss und davon rund 90% durch Anliegerbeiträge hereinholen kann – also in etwa ein Nullsummenspiel.

Ob durch solche Maßnahmen die Finanznot behoben werden kann, ist doch sehr zweifelhaft. »Würde man die Stadt unter kaufmännischen Gesichtspunkten betrachten, wäre Hamburg pleite«, betont Finanzsenator Tschentscher. Hamburg habe mit seinen Tochtergesellschaften und Beteiligungen Schulden in Höhe von 63,7 Milliarden Euro. Für das Geschäftsjahr 2010 weise die Bilanz zwar einen Gewinn von mehr als einer Milliarde Euro aus, dieser sei jedoch ein »bilanzieller Einmaleffekt«, da die Berechnung der Haushälter aus formalen Gründen angepasst werden musste. Diese Anpassung verbessere die Bilanz um 1,5 Milliarden Euro. Nach Abzug dieser Verschönerung stehe Hamburg »weiterhin mit einem negativen Jahresergebnis da«. Die Fachbehörden und die Bezirke, welche zur Kernverwaltung gehören, weisen ein Defizit von 900 Millionen Euro aus. In den letzten vier Jahren habe Hamburg noch nie so schlecht dagestanden wie heute. Der finanzielle Spielraum der kommenden Jahre sei durch hohe Zins- und Pensionslasten sowie einen hohen Sanierungsbedarf sehr klein. »Wir haben zu hohe Verbindlichkeiten für das, was wir einnehmen«, betont Senator Tschentscher. Der einzige Weg, den Haushalt zu konsolidieren, sei Sparpolitik.

Die öffentlichen Haushalte sind unterfinanziert. Nicht zu niedrige Steuersätze sind die Hauptursache dafür, sondern eine Steuerpolitik, die seit über einem Jahrzehnt die Effekte der Globalisierung nicht berücksichtigt hat: Nach der aus vorglobalen Zeiten überkommenen Systematik und Praxis der Steuererhebung können heute erhebliche Anteile von großen, in Deutschland erworbenen Einkommen legal dem deutschen Fiskus entzogen werden. Als eine Folge sind die Investitionen der öffentlichen Hand drastisch zurückgegangen, Verschuldung und Schuldzinszahlungen von Bund, Ländern und Gemeinden haben ein bedrohliches Ausmaß erreicht.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat im Juli 2011 die zentralen Forderungen zur Steuerpolitik programmatisch beschrieben: »Statt Steuersenkungen braucht Deutschland Steuergerechtigkeit: Vermögende, Unternehmen, Erben und hohe Einkommen müssen wieder stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden.«

Es geht »darum, die heute bestehenden legalen Möglichkeiten zur Steuervermeidung und Steuerumgehung so zu beschränken, dass jedenfalls der Großteil der erwirtschafteten oder zugefallenen Einkommen, Kapitalerträge und Wertsteigerungen tatsächlich mit dem vollen gesetzlich vorgesehenen Satz besteuert werden kann«. Mit anderen Worten: Es sollen die Grundsätze einer volkswirtschaftlich gerechtfertigten gleichmäßigen Besteuerung gleichartiger Steuerstatbestände wieder in Kraft gesetzt werden. »Erforderliche Maßnahmen: Vermögenssteuer auf alle größeren Vermögen erheben, und zwar auf deren Verkehrswerte. Einführung einer Bundesimmobiliensteuer als Teil einer allgemeinen Vermögenssteuer.«

Hamburgs Wahrzeichen – einfach nur schön?



Elphi-Konzertsaal Ende 2010 – er wird wohl noch ein paar Jahre brauchen... (Foto: M. Joho)

Bürgermeister Olaf Scholz geht optimistisch in das neue Jahr: »Die Elbphilharmonie ist ein schönes Haus. Wir haben die Hoffnung, dass wir eines Tages darin sitzen und es dann nur einfach schön finden und vergessen, was es gekostet hat.« Er hoffe in diesem Jahr auf Fortschritte, sodass »wir sagen können, wann sie fertig wird. Das würde ich mich jetzt nicht trauen.« Die Elbphilharmonie Bau KG nimmt für die Stadt die Bauherrenfunktion bei diesem Prestigeprojekt in der Hafencity wahr. Als Vertragspartner fungiert die Adamanta – ein Konsortium aus dem Baukonzern Hochtief und der Commerz Real AG. Aus dem Prestigeprojekt wurde allerdings immer mehr ein Problemfall: Seit Jahren streiten sich das Bauunternehmen und die Stadt über die steigenden Kosten, die ständigen Verzögerungen – und darüber, wer für den ganzen Schlamassel verantwortlich ist.

Die Machbarkeitsstudie sah seitens der öffentlichen Hand ursprünglich 77 Millionen Euro vor, die Eröffnung war für 2010 vorgesehen. Der letzte Vertrag, der so genannte Nachtrag vier, sah eine Fertigstellung im November 2011 vor. Mitte des Jahres 2011 hatte Hochtief dann April 2014 als möglichen Übergabetermin genannt. Vermutlich kann aber auch dieser Termin nicht gehalten werden. Wie viel der Steuerzahler letztendlich bezahlen wird, ist noch völlig offen. Zuletzt lag der öffentliche Anteil bei mindestens 323 Millionen Euro.

Es läuft zurzeit eine Feststellungsklage der Freien und Hansestadt gegen Hochtief, um zu klären, wer für die bisher ent-

standenen Verzögerungen verantwortlich ist. Das Hamburger Landgericht entscheidet am 20. Januar über das weitere Vorgehen. Wenn der überwiegende Teil Hochtief anzulasten ist, will die Stadt Schadensersatz fordern. Nach Medienberichten von Ende 2011 fordert der Essener Baukonzern zusätzlich 180 Millionen Euro von der Stadt. In einer Drucksache des Senats heißt es, man rechne mit Mehrkostenforderungen von insgesamt 100 Millionen Euro für alle Nachforderungen inklusive Bauzeitenverzögerungen. Die Hansestadt beziffert die aktuelle Bauzeitverlängerung mit 14 Monaten, drei davon nimmt sie auf ihr Konto – schließlich hatte es Planungsänderungen gegeben. Für die verbleibenden elf Monate will die Stadt Hochtief eine ordentliche Rechnung schreiben: Pro Tag Verzögerung soll der Konzern 200.000 Euro zahlen.

Auch mit Blick auf die künftigen Betriebskosten stehen offenbar neue Einschätzungen an. Der Vorgängersensat von CDU und GAL war von knapp vier Millionen Euro pro Jahr ausgegangen. Diese Kalkulation wurde von den damaligen Oppositionsparteien als wenig belastbar kritisiert. Für 2012 soll die Kulturbehörde nun eine neue »langfristige Konzeption« für »den Spielbetrieb und die Betriebskosten« erarbeiten. Mag sein, dass Olaf Scholz rechtzeitig zur nächsten Bürgerchaftswahl im frisch eröffneten Konzertsaal die Baukosten vergessen kann, die Finanzierung des Spielbetriebs wird für die öffentlichen Finanzen und damit die BürgerInnen auch in weiterer Zukunft noch eine große Herausforderung.

Kulturipp: Flutkatastrophe & Gentrifizierung



Hamburger Sturmflut 1962 (Foto: hafenblog)

Ein neues Stück im Malersaal des Deutschen Schauspielhauses trägt den Titel »Leben und Erben« und ist Oliver Klucks zweite Auftragsarbeit für das Theater an der Kirchenallee. Im Mittelpunkt stehen HausbesetzerInnen in der Stadt, die sich gegen Gentrifizierung, Yuppisierung und eine anstehende Räumung durch die Polizei wehren. Wie es der Autor so will, befindet sich unter den HäuserkämpferInnen ausge-rechnet die Tochter des Immobilienhais – nun ja.

Das Anfang Januar uraufgeführte Werk hat nicht eben Jubelschreie in der Presse ausgelöst, sei es wegen des »wütenden Dreißigers, der vehement gegen das System und die herrschenden Verhältnisse« anschreibt (»Hamburger Abendblatt«), sei es wegen der »Sprunghaftigkeit der Textbrocken, Dialogfetzen und Gedankenschübe« (»Die Welt«) oder des angeblichen »Szenengulasch« (»Morgenpost«). Das Thema jedenfalls bewegt die Stadt, und allein dieser Umstand könnte motivieren, seine künstlerische Verarbeitung zu erleben. Die nächsten Aufführungen fallen auf den 4., 10. und 27.2. je-

weils um 20 Uhr. Karten können unter Tel. 24 87 13 vorbe-stellt werden.

Wer es mehr mit der Hamburger Stadtgeschichte hält, dem/der sei die jüngst angelaufene Ausstellung zur Sturmflut 1962 im Ballinstadt-Museum auf der Veddel empfohlen. In den nächsten Wochen wird dieses Thema sicher die Ham-burger Medien bewegen, jährt sich am 16./17. Februar doch der 50. Jahrestag der katastrophalen Flut, die 340 Menschen vor allem in Wilhelmsburg, auf der Veddel und in Neuenfelde das Leben kostete. Die Ausstellung präsentiert vor allem per-sönliche Erinnerungsstücke aus der damaligen Zeit, insbeson-dere auch Fotos des damals elf Jahre alten Zeitzeugen Dieter Thal, der die Ereignisse auf der Kamera seiner Eltern fest-hielt. Die Ausstellung »1962 – Die Flut auf der Veddel« ist noch bis zum 29. Februar zu sehen. Übrigens: DIE LINKE hat gerade eine Kleine Anfrage an den Senat gerichtet, in der um Auskünfte über die aktuelle und zukünftige Sicherheit der Deiche gebeten wird.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinan-dersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail be-ziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder tim.golke@linksfraktion.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bür-gerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Buccerius-str. 2, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Tim Golke MdHB, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg.